Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1910

270 (26.11.1910) 1. Blatt

Visual Library

№ 270. 1. Blatt. Karlsruhe, Samstag, den 26. November 1910. 48. Jahrgang.

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen: Einmal wöchentlich; das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittelungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

Nochmals zur Schulfrage in Baden.

Die „Badische Landeszeitung" hat nunmehr (Nr. 540 vom 22. November) „dem Zentrum zum Trotz" (!) selbst Zeugnis gegen Rebmann abgelegt. Sie gibt den authentischen Wortlaut der Stellen seiner Karlsruher Parteitagsrede wieder, die die Verunglimpfungen und Schmähungen des Papstes, des katholischen Klerus und der katholischen Kirche enthalten, und die sie, jedenfalls nicht ohne Absicht und nicht ohne Einsicht in ihre Tragweite, in ihrem ersten Bericht sorgfältig weggelassen hatte. Dadurch werden die Angaben des „Bad. Beobachters", auf die wir zunächst uns hatten stützen müssen, vollauf bestätigt.

Aber noch mehr! Die „Bad. Landeszeitung", die sich in den letzten Wochen so rührend als Hort der inneren Integrität der katholischen Kirche aufgespielt, die als Sprachrohr eines katholischen Geistlichen gegenüber seinem Diözesanbischof gedient hatte, wirft in ihrem Grimm wieder einmal die Maske ab; „ins Schwarze" habe Rebmann mit seinen Beleidigungen getroffen; was er sagte, sei „wahr und richtig", versichert sie uns, und emphatisch ruft sie aus: „Je mehr sie gegen ihn schreiben, je mehr sie seine Ausführungen in der Landesversammlung verdrehen, um so wertvoller machen sie uns diesen Mann!"

Die „Landeszeitung" mag sich beruhigen. Wir danken ihr für dieses offene Bekenntnis ihrer „Kirchenfreundlichkeit". Zunächst mag sie sich mit ihrem geistlichen Mitarbeiter darüber auseinandersetzen, daß sie ihm jetzt so unbarmherzig das Spiel verdorben hat. An Rebmanns Aussprüchen ist nichts zu verdrehen und ist nichts verdreht worden; für sich allein wie im Zusammenhang mit dem übrigen geben sie ganz dasselbe traurige Bild von Unkenntnis, Haß und von konfessioneller Hetze. Es ist ein müßiges Bemühen, denen, die sie mit Verstand gelesen, vormachen zu wollen, im „Beobachter" werde ein „unehrliches" Spiel getrieben, Zentrumspartei gleich Katholizismus gesetzt, um Rebmann etwas anzuhängen. Rebmann beschimpft den Papst, den Klerus, die ganze katholische Kirche; da handelt es sich doch wohl um den Katholizismus, den er in Bausch und Bogen als „die Entfaltung zur sittlichen Größe hemmende Fesseln kirchlicher Bevormundung" charakterisiert, in der der „deutsche Geist" sich nicht wieder schlagen lasse, nachdem er sich im heißen Ringen der Reformation von denselben befreit habe. Wir wenigstens wissen nichts davon, daß die Reformation gegen die Zentrumspartei gerichtet gewesen ist, oder daß diese die innerkirchlichen Anordnungen veranlaßt hat, über die Rebmann aus der Fülle seiner diesbezüglichen Unkenntnis unter direkter Nennung von Papst, Geistlichen und Kirche seine Schmähungen ausgießt. Die Unehrlichkeit, hier vertuschen und verdrehen zu wollen, ist ausschließlich Landeszeitungssache.

„Denunziation" soll es sein, wenn wir sagten „wir konstatieren blos..."

Nun, es steht der „Landeszeitung" und ihren Hintermännern recht wohl an, hier von „Denunziation" zu reden.

Es ist also in ihren Augen „Denunziation", wenn man zwei öffentliche notorische Hetzreden eines liberalen Agitators gegen die katholische Kirche im Hinblick auf seine amtliche Stellung einer Würdigung unterzieht.

Dagegen war es jedenfalls in den Augen der „Landeszeitung" nur recht und billig, als liberale „Gewährsmänner" vor vier Jahren bei den Bezirksämtern größtenteils unerweisliche Anschuldigungen bezüglich der politischen — gegen die nationalliberale Partei gerichteten — Tätigkeit katholischer Geistlicher vorbrachten, und als Oberkirchen und Genossen ihre Interpellation in dieser Sache einbrachten und begründeten — alles nur zu dem Zweck, die Regierung und Kirchenbehörde zum Einschreiten zu nötigen?!

Gegen katholische Geistliche war es recht und billig, als Staatsminister von Dusch (Zweite Kammer, 93. Sitzung, 11. Juni 1906) ausführte,

„daß unbeschadet des gesetzlichen Rechtes, das dem Geistlichen wie jedem Staatsbürger zusteht, seiner politischen Ueberzeugung zu geeigneter Zeit und an geeignetem Ort Ausdruck mit Wort und Tat zu geben, der politischen Tätigkeit des Geistlichen durch den öffentlichen Charakter seiner Stellung und die Würde und Aufgaben seines Amtes Schranken gezogen seien, die er ohne Schädigung dieses Amtes und des Ansehens seines Standes nicht überschreiten könne".

Aber in Bezug auf den Herrn Oberschulrat Rebmann, der einen führenden Einfluß in der Leitung des Schulwesens ausübt, an dem die von ihm gröblich beschimpfte katholische Kirche einen gesetzlichen Anteil hat, des Schulwesens, dem die Katholiken Kopf und Herz ihrer Kinder anvertrauen müssen, den Gedanken anzudeuten, daß die Regierung doch wohl Anlaß hätte, von ähnlichen Erwägungen auszugehen, wie seiner Zeit gegenüber den Geistlichen, das ist „Denunziation". Die Regierung hat nur die Pflicht, die liberale Partei zu schützen; auf ihre Schutzpflicht für die katholische Kirche, für die Ehre des Papstes, des Klerus, für die Rechte und Empfindungen der kirchentreuen Katholiken hinzuweisen, ist „Denunziation". Denn diese Ehre, diese Rechte und Empfindungen gelten den Leuten um Rebmann nichts; und ihr Ideal wären Schulzustände, in denen wir Katholiken mit gebundenen Händen zusehen müßten, wie in unseren Kindern die Achtung vor der Kirche, überhaupt das Christentum untergraben wird.

Kein Wort von unseren Ausführungen in Nr. 265 1. Bl. des „Beobachters" nehmen wir zurück. Die „Landeszeitung" möge in ihrem ohnmächtigen Zorn nur fortfahren, „dem Zentrum zum Trotz" das Mäntelchen zu zerreißen, mit dem sie sonst bisweilen sich als Freundin der Katholiken und ihrer Kirche drapiert. Rumpelstilzchen-Zorn ist nicht beängstigend; er ist nur ein Zeichen, daß man sich durchschaut fühlt, daß der Gegner „ins Schwarze getroffen" hat.

Wir konstatieren also abermals und nach den neuesten Kundgebungen der „Bad. Landesztg." noch nachdrücklicher, daß ein Mann von den Gesinnungen, Anschauungen und der „Objektivität" Rebmanns im Amte eines Oberschulrates für die Katholiken Badens ein Warnungssignal ist.

Die „Bad. Landesztg." redet in Nr. 540 von angeblichen „Einschüchterungsversuchen" des „Beobachters". Nr. 545 liefert sie dann wieder den köstlichen Beleg dafür, wer eigentlich auf Einschüchterung ausgeht, indem sie selbst in ihrer Not zwei höchst plumpe Einschüchterungsversuche macht und zwar nach zwei Seiten:

„Wenn aber die Rebmannhetze so weiter geht," so lesen wir da, „und wenn dabei noch mehr, als schon geschehen, von Gefahren gesprochen wird, welche aus der politischen Arbeit oder der Gesinnung des Politikers Rebmann für sein dienstliches Wirken schon erwachsen seien oder noch erwachsen sollen, dann könnte leicht der Augenblick kommen, wo wir gegen unsere Neigung einmal von Einwirkungen entgegenstehender politischer Gesinnung auf das dienstliche Wirken sprechen müßten, wie sie Eingeweihten längst bekannt, aber aus Rücksichten mannigfacher Art bisher nicht öffentlich besprochen worden sind. Dann würde klar werden, warum dem Führer und der Presse des Zentrums der Politiker und Abgeordnete Rebmann so wenig geeignet erscheint, gerade im Oberschulrat seine durch Wissen und Erfahrung ebenso wie durch Geradheit und Gerechtigkeit ausgezeichnete Wirksamkeit zu entfalten..." — Das würde dann natürlich wieder keine — „Denunziation" sein, obschon es sich dabei nicht um Kritik öffentlicher Schmähreden gegen eine Kirche handeln soll, sondern offenbar um ein Hervorzerren bisher nur „Eingeweihten" bekannten Klatsches gegen irgend einen ungenannten Jemand, um diesen Jemand persönlich zu schädigen. Offenbar hofft sie, daß dieser Jemand aus Angst nunmehr den „Bad. Beobachter" zum Schweigen zu bringen suchen werde. Bange machen gilt aber nicht. Gegenüber wirklich nachweisbaren Dienstpflichtverletzungen eines ihr Mißliebigen zu schweigen, hätte weder die „christliche Nächstenliebe" noch die „Neigung" die „Bad. Landesztg." bisher bewogen. Diese Drohung macht also auf uns gar keinen Eindruck, da wir überzeugt sind, daß die „Landeszeitungs"-männer eben nur auf hohlen Klatsch angewiesen sind und da rein persönliches in diesen Auseinandersetzungen gar keine Rolle spielt.

Dieser an die Adresse des „Bad. Beobachters" gerichtete Einschüchterungsversuch ist also aussichtslos. Er ist aber bezeichnend für das Bestreben der „Landeszeitung", die Sache auf Personen zuzuspitzen, um durch Erweckung persönlicher Furcht die Diskussion über eine sachliche Frage hintanzuhalten. Wir bekämpfen nicht die Person Rebmanns; wir beanstanden nur die Anschauungen, denen er in Schmähungen gegen die katholische Kirche Ausdruck gegeben hat, und ihre Auswirkung in unserem politischen Leben und unserem Schulwesen. Wir müssen von denselben doch wohl annehmen, daß sie bei ihm tief wurzeln, und daß er sie also sicher nicht abstreift, wenn er dienstlich tätig ist. Sie sind aber unvereinbar mit der Stellung eines führenden Schulmannes in dem simultanen Zwangsschulwesen eines paritätischen Staates. In einem solchen brauchen die katholische Religion und Kirche sich nicht gefallen zu lassen, daß man ihnen vorwirft, es werde in ihnen der letzte Funke selbständigen freiheitlichen Denkens mit aller Gewalt aus der Geistlichkeit herausgetrieben, ein eidlicher, feierlicher Verzicht auf selbständiges Denken gefordert und geleistet, der Geist getötet, alles Leben zum Absterben gebracht, was noch an lebensfähigen Keimen da ist, vernichtet. Ist der Politiker Rebmann der Ansicht, daß dem so sei, daß die katholische Kirche ein derartiges gemeingefährliches Unding, die katholische Geistlichkeit so dekrepid sei, wie er sie hingestellt hat, so muß notwendig der Schulmann Rebmann als konsequenter und ehrlicher Mann daraus für seine dienstliche Stellung zu der katholischen Kirche und Geistlichkeit die unabweisbaren Konsequenzen ziehen! Er muß auch als Oberschulrat bekämpfen, was er als Politiker in der Weise kennzeichnen zu dürfen glaubt, wie er es dem Papst, der Kirche, dem Klerus gegenüber getan, und er wird doch wohl nicht erwarten dürfen, daß wir Katholiken uns das ruhig gefallen lassen und mit Vertrauen auf ein Schulwesen hinblicken, in dessen Leitung ein Mann mit solchen Anschauungen, Gesinnungen und falschen Urteilen führend ist! Man frage sich doch einmal, ob ein Oberschulratsmitglied in solcher Stellung verbleiben könnte, das als „Politiker" ähnliche schwere und unwahre Schmähungen gegen die evangelisch-protestantische Kirche ausgestoßen, solche Gesinnungen des Abscheus und der Verachtung gegen sie öffentlich und zwar wiederholt ausgedrückt hätte? Mutet man uns Katholiken wirklich zu, daß wir uns solches bieten lassen, daß wir vertrauensvoll unsere Kinder einem Schulwesen anvertrauen, in dessen Oberleitung ein Mann von solchem Auftreten gegen uns führend mitarbeitet? Würden Protestanten und Juden sich ähnliches bieten lassen? Auch nur von dem Vorstand oder einem Lehrer einer einzelnen Anstalt? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten! Dann dürfen wir aber auch erwarten, daß die Regierung dem aufs tiefste verletzten katholischen Empfingen Genugtuung verschafft, indem sie einsieht, wie Rebmann die durch die Würde und Aufgaben seines Amtes seinem politischen Auftreten gezogenen Schranken nun wiederholt in einer Weise überschritten hat, wie es nicht ohne Schädigung dieses Amtes und des Ansehens seines Standes und der oberen Schulbehörden selbst geschehen konnte.

Dagegen nun richtet sich der weitere Einschüchterungsversuch Rebmanns — Verzeihung, der „Bad. Landeszeitung". Sie schreibt — offenbar mit deutlicher Spitze gegen die Regierung —:

„Die nationalliberale Partei wird sich nur desto fester um ihren Führer scharen. Sein Ergehen wird sie so empfinden, als ob sie es an sich selbst erlebte. Würde ihn die Meute erreichen und müßte er sich zum Kampf stellen, so würde das Halali die nationalliberale Partei Mann für Mann zur Stelle finden, entschlossen, den Kampf gegen Jäger und Meute aufzunehmen."

(Schade nur, daß, wenn das „Halali" ertönt — das Wild schon tot zu sein pflegt.) Ob die Regierung angesichts so furchtbarer Drohung es vorzieht, ebenfalls sich mit den Rebmannschen Auffassungen zu identifizieren, wird man ja sehen.

Die „Bad. Landeszeitung" zwingt uns geradezu, darauf zu achten und, je nachdem, weitere Schlüsse für die Schulfrage zu ziehen. Es kommt so immer mehr Klarheit in unsere Verhältnisse. Es ist dankenswert genug, wie die „Landeszeitung" in den letzten beiden Artikeln vom 21. und 24. d. M. diese Klarheit bereits gefördert hat. Zunächst hat sie, wie erwähnt, sich selbst identifiziert mit den Rebmannschen Beschimpfungen des Papstes, der katholischen Kirche und Geistlichkeit, indem sie Rebmann belobte, damit „ins Schwarze getroffen", nur „wahr und richtig" gesprochen zu haben. Jetzt hat sie weiter klipp und klar erklärt, daß Rebmann (in eben diesen Anwürfen) „die Anschauungen seiner Partei vertritt und vertreten hat" und daß seine Partei ihn heraushauen will, wenn er der fraglichen Aeußerungen wegen „sich zum Kampfe stellen müßte". Wir bitten alle Katholiken, sich das gut zu merken — namentlich auch für die Beurteilung der katholischen Geistlichen, die in der „Landeszeitung" Unzufriedenheit in unseren Reihen stiften wollen.

---

* „Volksfreund" und Gegenwartsstaat.

Der „Volksfreund" regt sich zur Zeit viel zu sehr auf über Dinge, die im Zentrum geschehen. Viele Aufregung ist bekanntlich ungesund und der „Volksfreund täte schon besser, wenn er sich das gesagt sein ließe. Seit Donnerstag veröffentlicht er Artikel über „Wackers Taktik", in der er gleich zu Anfang die Parole „Kampf gegen die Sozialdemokratie" „als längst nicht mehr ungewöhnlichen Trick" bezeichnet. Eine so selbstverständliche Paroleausgabe wie die des Zentrums, das infolge seiner christlichen Weltanschauung in schärfstem Gegensatz zur Anschauung der Sozialdemokratie steht, gegenüber der Sozialdemokratie als „Trick" zu bezeichnen, läßt wieder einmal auf ganz sonderbare Sprachbegriffe im „Volksfreund" schließen. Wir denken doch, der „Volksfreund" selber glaubt daran, daß es dem Zentrum bezw. dem Zentrumsführer Wacker vollkommen ernst ist mit der Paroleausgabe gegen die Sozialdemokratie und ihre Freunde und Verbündeten. Wie kommt er dann dazu, die Paroleausgabe höchst unpassend und unzutreffend einen „Trick" zu nennen? Wir können nur annehmen, daß mangelnde Sprachkenntnis diesen lapsus linguae veranlaßt hat.

In Nr. 276 antwortet der „Volksfreund" auf unsere Feststellung bezüglich des heiligen Augustinus und der vom „Volksfreund" mißbrauchten Stelle aus dem Werk „de civitate Dei". Er schreibt:

„Wenn man von „Fälschung" spricht, so setzt man eine bestimmte unehrliche Absicht voraus. Es ist richtig, wir haben im Urtext die Schrift des heiligen Augustinus, die jedenfalls griechisch abgefaßt ist, nicht gelesen, so wenig wie der Artikelschreiber des „Badischen Beobachters", der uns „Fälschung" vorwirft. Aber wir haben die Uebersetzung gelesen und haben bei dem Zitat auch gleich die Quelle angegeben. Es kann mehrere Uebersetzungen geben. Wir haben die angegeben, die uns bekannt ist. Aber — fragen wir —, sagt denn die Uebersetzung, die der „Bad. Beobachter" mitteilt, etwas anderes als die unsrige? Und wie heißt seine Quelle?

Wer den obigen Satz vorurteilsfrei vergleicht mit unserm Zitat, wird zugeben müssen, daß es auf eins herauskommt. **Wird nicht in unserer heutigen** sogen. „göttlichen Weltordnung" bezw. **in unsern kapitalistischen Staaten die „Gerechtigkeit" in der brutalsten Weise „beiseite geschoben"?** Und wird nicht bei uns die **„Beute" von den Junkern und Junkergenossen „nach geschlossenem Uebereinkommen geteilt?"** Hat der heilige Augustinus nicht treffend gerade unsern heutigen Junkerstaat gekennzeichnet, wenn er ihn eine „Räuberbande" nennt?

Allerdings, man kann diese Auslegung nicht gut gelten lassen, wenn man dieser „Räuberbande" selber Schmiere steht."

Wir haben schon einmal gesagt, daß es dem „Volksfreund" nicht übel genommen werden kann, wenn er das Werk des heiligen Augustinus nicht gelesen hat. Sehr übel muß man es ihm aber nehmen, daß er trotzdem darüber urteilt und so urteilt, wie er es tut, ohne das Werk zu kennen. Der „Volksfreund" wollte vor einigen Tagen Wacker wegen seiner Karlsruher Rede zum Vorwurf machen, er habe aus einem „Volksfreund"-Artikel über die Beuroner Kaiserrede einige Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, um ein scharfes Verdikt darüber fällen zu können. Wacker hat damit, daß er aus einem kurzen Artikel des „Volksfreund" einige Sätze, ohne deren Sinn irgendwie zu verdrehen, herausnahm, dem „Volksfreund" keinerlei Unrecht getan. Was soll man aber dazu sagen, daß der „Volksfreund", der Wacker gegenüber mit Unrecht so empfindlich war, aus einem Werk des heiligen Augustinus, das aus 22 Büchern besteht, wie das über den Gottesstaat, vier Zeilen aus dem Zusammenhang reißt und dieselben total unrichtig auslegt, ihren Sinn fälscht, um sie gegen die Monarchie brauchen zu können? Und dabei stellt sich heraus, daß der „Volksfreund" nicht einmal eine Ahnung davon hat, daß Augustinus ein Lateiner und kein Grieche war, daß er also seine Werke lateinisch schrieb. Das ist denn doch stark und dann will er seinen Lesern noch vormachen, er habe dennoch recht! Demgegenüber sei noch einmal festgestellt, daß die Ausnützung jener Stelle gegen die Monarchie ein ganz unehrlicher Mißbrauch der Stelle ist. Wenn der „Volksfreund", der hier wieder einmal seinen liederlichen sozialdemokratischen Quellen zum Opfer gefallen ist, sich davon überzeugen will, daß es dem heiligen Augustinus gar nicht einfällt, gegen die Monarchie zu schreiben, dann möge er sich bei uns einstellen, wir stellen ihm das zweibändige Werk des heiligen Augustinus zur Verfügung und zwar in deutscher Uebersetzung. (Verlag Kösel; herausgegeben von Thalhofer.)

Nun noch zum zweiten Teil. Der „Volksfreund" nennt den Gegenwartsstaat „göttliche Weltordnung". Ein gläubiger Christ wird einen solchen Unsinn nie behaupten; das kann nur ein ungläubiger Sozialdemokrat tun, der über das Christentum sich lustig machen will, aber eine Unwahrheit braucht, um es tun zu können. Die Unwahrheit, als ob der heutige

Staat von unserer Seite als göttliche Weltordnung bezeichnet würde, wiederholt die sozialistische Presse hundertmal und immer wieder und die sozialistische Schafherde spricht diesen Unsinn nach. So lehrt man Papageien sprechen, nicht aber vernünftige Menschen denken! Auf Papageienpädagogik versteht sich die Sozialdemokratie ausgezeichnet. Diesem Gegenwartsstaat sagt der „Volksfreund" nach, er schiebe die Gerechtigkeit in brutalster Weise beiseite. Wir können nicht umhin, hier den Herrn Minister von Bodman zu fragen, wo das Großartige an einer Bewegung ist, die eine solche über alles unwahre, verhetzende, ja revolutionierende Behauptung aufstellt und verficht. Es ist ungemein traurig, daß es jemand gibt, der eine solche Behauptung öffentlich auszusprechen wagt. Das ist mehr als böser Wille, das ist moralische Verwüstung inbezug auf Wahrheitsliebe. Man kann sagen, daß das Ideal der Gerechtigkeit noch lange nicht erreicht ist im Gegenwartsstaat, aber wir nennen den einen frechen Hetzer, der es bestreitet, daß der gegenwärtige Staat darnach strebt, soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Was ist die großartige soziale Gesetzgebung, die noch weiter ausgebaut wird, anders, als eine Bemühung, um die soziale Gerechtigkeit allmählich herbeizuführen? Und der „Volksfreund" wagt es, von einer Räuberbande zu sprechen bezüglich des Staates. Merkt vielleicht der Minister v. Bodman, als was er als Minister des Gegenwartsstaats beim „Volksfreund" gilt? Merkt der „Volksfreund", was er bezüglich der Bemühungen der Revisionisten mitzuregieren nahelegt? Mitregieren an der Spitze einer „Räuberbande" wäre darnach das Ideal der Revisionisten. Was sagen die nationalliberalen Freunde der Sozialdemokraten zu dieser Auffassung des Gegenwartsstaates, an dessen Bildung der Liberalismus so stark beteiligt ist? Sie stehen ja dem Gegenwartsstaat ganz besonders „Schmiere".

Wie urteilt der „Volksfreund" übrigens über den französischen Gegenwartsstaat mit seinen sozialistischen Ministern und seinem aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Ministerpräsidenten Briand? Wenn wir uns recht erinnern, hat der „Volksfreund" noch über keinen Minister ärger geschimpft als über den Sozialisten Briand.

Deutschland.

Berlin, 26. November 1910.

✕ **Eine Rechenbergbetze** scheint wieder einmal ins Leben gerufen werden zu wollen. Es wird in einem Teil der deutschen Presse über jede Kleinigkeit aus Daressalam lang geschrieben. So soll jetzt nach dem „Berl. Lok. Anz." ein Bierabend zum Streitobjekt der beiden erbitterten Parteien geworden sein. „Bisher war der Geburtstag der Kaiserin durch ein offizielles Fest gefeiert worden. In diesem Jahr hat aber der Bezirksrat eine gemeinsame Feier für überflüssig erachtet. Ein Teil der Daressalamer Bevölkerung hat nun einen Bierabend für sich veranstaltet, während der andere und mit ihm der Gouverneur an einem von einem Hotel arrangierten Festessen teilnahm. Die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung" erhebt gegen Herrn von Rechenberg den schweren Vorwurf, daß es ihm und seinen Liierten unangenehm gewesen sei, mit dem Gros der Bevölkerung zusammenzukommen." Soweit man von hier aus die Verhältnisse übersehen kann, wird, nach dem genannten Blatte, die politische Spaltung der Deutschen in der Hauptstadt der Kolonie, die jetzt auch ihre Schatten auf das gesellschaftliche und persönliche Leben wirft, lebhaft bedauert werden müssen, wenn auch andererseits zugegeben werden kann, daß es z. B. für den Gouverneur eine Unmöglichkeit war, mit dem wegen Beamtenbeleidigung verurteilten Herrn van Roy an einem Tische zu sitzen. Jedenfalls müsse aber im Interesse des Gedeihens der Kolonie und schon mit Rücksicht auf die Farbigen diesem unhaltbaren Zustand auf irgend eine Weise ein Ende gemacht werden. Das meinen wir auch; nur wird die Sache nicht besser, wenn man den Gouverneur entfernt, sondern dann vielleicht noch schlimmer. Gouverneur von Rechenberg hat in den Augen vieler eben den Mangel, daß er katholisch ist und seine Pflichten treu erfüllt. Die von ihm vertretene Eingeborenenpolitik hat der Reichstag mit großer Mehrheit gebilligt und sie ist die einzig zutreffende.

✗ **Wie geschwindelt wird.** Ein Blatt wirft dem Abg. Erzberger vor, daß er im Pariser „Matin" seine „Meinung gegen ergiebiges Honorar zum Besten gab." Demgegenüber stellen wir fest, daß der Abg. Erzberger noch nie einen Pfennig Honorar vom „Matin" erhalten oder angenommen hat; er hat lediglich auf einzelne Anfragen, wie das Abgeordnete aller Parteien schon dutzendfach getan haben, Antworten gegeben, in der Absicht, manche Irrtümer französischer Kreise gegen Deutschland zu zerstreuen.

Ueber die Borromäusenchyklika sprach der abgefallene Professor Schnitzer in einer Versammlung der antiultramontanen Vereinigung in Berlin. So bezeichnend es ist, daß der Abgefallene den Weg zu einer Gesellschaft gefunden hat, die Rom mit blindem und oft lächerlichem Fanatismus bekämpft, so hat er sich doch noch so viel Wahrheitsliebe bewahrt, um gegenüber der Hetze des Evangelischen Bundes zu betonen, daß die Borromäus-Enzyklika sich gar nicht gegen den Protestantismus richtet. Er führte laut „Frankf. Ztg." Nr. 323 3. Morgenblatt aus:

„Daß Pius selbst die Protestanten nicht gerade schmähen wollte, das beweist doch seine Verehrung für den deutschen Kaiser, den er unseren „heiligen deutschen Kaiser" (?) nennt. Mehr kann man doch nicht verlangen. Aber das alles verteidigt nicht die dummen Ausdrücke des überlebten Kurialstils, sondern macht sie nur begreiflich und „tout comprendre, tout pardonner". Die Enzyklika richtet sich aber überhaupt nicht gegen den Protestantismus, sondern zielt gegen den Modernismus, den sie noch für gefährlicher hält als die Reformatoren. Der Kampf gegen den Modernismus ist die große verzehrende Leidenschaft Pius X. Wer glaubt, daß unter einem Papsttum Rampollas der Modernismus weniger verfolgt worden wäre, der verkennt die Dinge."

Ganz richtig, der verkennt die Dinge; denn der Modernismus ist eine moderne Irrlehre, die jeder Papst bekämpfen muß, will er seine Pflicht tun als Hirt und Lehrer aller Gläubigen. Ignoranten, welche bei unsern Gegnern in Bezug auf religiöse Begriffe weitaus die Mehrzahl bilden und bis in die Kreise der Hofräte und höher hinaufgehen, verstehen freilich unter Modernismus so ungefähr die durchaus erlaubte und notwendige Anpassung an die modernen Zeitverhältnisse in der Kirche. Der Modernismus leugnet und verwischt die Lehren der von Christus gestifteten Kirche und ist deshalb Abfall vom christlichen Glauben; die Anpassung an die modernen Zeitverhältnisse aber ist nicht Modernismus, sondern lediglich zeitgemäße Vermittelung der alten, unveränderlichen, christlichen Wahrheit.

Die katholischen Lehrer und das Papsttum. Der Vorstand des Katholischen Lehrerverbandes des deutschen Reiches hat an Papst Pius X. folgendes Telegramm abgesandt:

„Wir 20 000 Mitglieder des Katholischen Lehrerverbandes des deutschen Reiches erheben einmütig laut und öffentlich Protest gegen die jüngst in der Ewigen Stadt (vom Bürgermeister Nathan von Rom) dem Heiligen Vater ins Angesicht geschleuderten Schmähungen. Zugleich geben wir den Gefühlen unserer unwandelbaren Liebe und Treue gegen den höchsten Priester und Lehrer der katholischen Christenheit aufs neue Ausdruck und geloben, auch den Millionen uns anvertrauten Schulkindern diese treue Anhänglichkeit an den Statthalter Jesu Christi ins Herz zu pflanzen! Im Auftrag: Kamp, Verbandsvorsitzender."

Die badische Regierung und die Fremdenlegion. Vor einigen Monaten flüchtete ein Schüler des Gymnasiums in Konstanz wegen einer Disziplinarstrafe nach Frankreich und ließ sich dort für die Fremdenlegion anwerben. Der Vater des jungen Mannes, ein hoher Beamter in badischen Diensten, wandte sich an die Regierung in Karlsruhe, um die Befreiung seines Sohnes zu erhalten, weil er zur Zeit der Anwerbung noch keine 18 Jahre alt gewesen und seine Indienststellung daher auch nach dem französischen Militärrecht ungesetzlich gewesen sei. Das Auswärtige Amt in Berlin unternahm in Paris Schritte und übermittelte dieser Tage die Ergebnisse derselben, negativer Art, nach Karlsruhe. Die französische Regierung verweigert kategorisch die Befreiung irgend eines Legionärs, der gut zum Dienst befunden wurde. Was den Altersgrad anlangt, machte sie darauf aufmerksam, daß durch ministeriellen Entscheid des Vorjahres für die Engagements in der Fremdenlegion das Alter von 18 Jahren als Mindestgrenze beseitigt wurde. Eine in der offiziösen „Karlsruher Zeitung" erschienene Note gibt diesen Tatbestand bekannt. Sie fügt hinzu, daß Maßnahmen getroffen wurden, um den Eintritt junger Badener in die Fremdenlegion um jeden Preis zu verhindern. Der Oberschulrat in Karlsruhe empfiehlt durch ein Rundschreiben an alle Hochschulen und Mittelschulen, gegen die Lockungen der Fremdenlegion auf die jungen Gemüter mit allen Mitteln anzukämpfen. Es sollen besonders die physischen und moralischen Qualen geschildert werden, die die Legionäre erdulden müssen.

□ **Der Ruhetag für die Bäcker** war der Gegenstand einer zahlreich besuchten Versammlung von Bäckern Berlins; dabei wurde folgende Resolution angenommen: „Beim Wiederzusammentritt des Deutschen Reichstages erhebt die Versammlung der Bäcker und Konditoren die berechtigte und zeitgemäße Forderung nach einem wöchentlichen Ruhetage von 36 Stunden Dauer, wie dieser Ruhetag bereits in der Petition vom Jahre 1905 an den Bundesrat, und vom November 1908 an den Reichstag, gefordert wurde. Es ist unerhört, daß, während die Arbeiterschaft aller anderen Berufe jeden Sonntag einen vollständ. freien Ruhetag hat, die Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien zum Schaden ihrer Gesundheit immer noch regelmäßig 7 Tage, resp. 7 Nächte, in der Woche und zwar durchweg 82 und mehr Stunden, schwer arbeiten müssen. Die schädlichen Folgen dieser gesundheitsschädlichen, langen Arbeitszeit sind anerkannt von allen ärztlichen Autoritäten sowohl, als auch von fast allen Sozialpolitikern, sowie Gewerbe- und Fabrikinspektoren. Diese schädlichen Folgen der überlangen Arbeitszeit, ohne Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages, äußern sich in einer bedeutenden Schwächung des Körpers und der Gesundheit der davon Betroffenen, die, wie die Krankenkassenstatistik lehrt, sich in öfter wiederkehrenden langen Krankheiten, im Verfall der Körperkräfte zu frühzeitigem Siechtum und in großer Sterblichkeit in jugendlichem Alter bemerkbar macht. Deshalb ersucht die Versammlung den hohen Reichstag, dem § 105e der Reichsversicherungsordnung eine Bestimmung anzufügen, welche auch den Arbeitern in den Bäckereien und Konditoreien einen wöchentlichen Ruhetag von 36 Stunden Dauer garantiert. Daß dies ohne Schaden für das Gewerbe und ohne Beeinträchtigung der Gewohnheiten des konsumierenden Publikums geschehen kann, bewiesen sowohl die nach dieser Richtung hin erfolgten gesetzgeberischen Maßnahmen fast aller Kulturländer als auch der Umstand, daß in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster durch Verordnungen der Regierungspräsidenten der wöchentliche Ruhetag den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien gewährt wird. Ferner haben durch Tarifvertrag 70 Proz. der in Hamburg-Altona arbeitenden Bäcker und Konditoren diesen wöchentlichen Ruhetag erreicht und in gleicher Weise 1700 in Genossenschaften und Konsumbäckereien arbeitende Bäcker." Diese Frage verdient alle Beachtung und ernste Prüfung, selbst wenn ihre Lösung noch so tief in die Gebräuche des Volkes einschneidet.

Abgeordneter Bebel hat, wie bereits gemeldet, einen schweren Verlust erlitten, indem ihm seine Frau in Zürich starb. Bebel hat in seinen Lebenserinnerungen seiner Frau folgendes Denkmal gesetzt:

„Für einen Mann, der im öffentlichen Leben mit einer Welt von Gegnern im Kampfe liegt, ist es nicht gleichgültig, wes Geistes Kind die Frau ist, die an seiner Seite steht. Je nachdem kann sie eine Stütze und eine Förderin seiner Bestrebungen oder ein Bleigewicht und ein Hemmnis für denselben sein. Ich bin glücklich, sagen zu können, die meine gehörte zu der ersteren Klasse. Meine Frau ist die Tochter eines Bodenarbeiters an der Leipzig-Magdeburger Bahn, der schon gestorben war, als ich sie kennen lernte. Meine Braut war Arbeiterin in einem Leipziger Putzwarengeschäft. Wir verlobten uns im Herbst 1864, kurz vor dem Tode ihrer braven Mutter, und heirateten im Frühjahr 1866. Ich haben meine Ehe nie zu bereuen gehabt. Eine liebevollere, hingebendere, allzeit opferbereite Frau hätte ich nicht finden können. Leistete ich, was ich geleistet habe, so war dies in erster Linie nur durch ihre unermüdliche Pflege und Hilfsbereitschaft möglich. Und sie hat viele schwere Tage, Monate und Jahre zu durchkosten gehabt, bis ihr endlich die Sonne ruhigerer Zeiten schien."

Es ist ein ehrendes Zeugnis für beide Teile, wenn der Mann so von der Frau spricht.

Die homogene nationalliberale Partei. Die nationalliberalen Blätter sprechen neuerdings wieder sehr gern von der Einmütigkeit in den nationalliberalen Reihen, obwohl man ja weiß, daß diese Einmütigkeit in Kassel nicht einmal zu einer Resolution ausgereicht hat, und daß dort lediglich Duldung verbündet wurde. Aber auch an diese ist man nicht gebunden. Die „Südd. Nationalliberale Korrespondenz" in Frankfurt — die abgeschüttelte Korrespondenz der dissentierenden Nationalliberalen — schreibt neuerdings:

„Das Festhalten an einer gescheiterten Politik hat unserer Partei bei den Nachwahlen schwere Wunden geschlagen, und es war erfreulich, daß in Kassel insofern eine Wendung zum Besseren eintrat, als man gegenüber den Warnern und Mahnern in der Partei Duldung zusicherte. Um so bedauerlicher ist es, daß nach Kassel eine Reihe offizieller und offiziöser Organe das gesunde und der Partei förderliche Gegengewicht wieder aufheben, die Duldung wieder streichen. Da wird ein Franz Buhl, der beste Nationalliberale aus altnationalliberalem Geschlecht, von einem anderen „Nationalen" seinem strebsamen, aber erfolglosen Konkurrenten, dem jungliberalen Führer und verkrachten Neustädter Reichstagskandidaten Dr. Oehlert im „Berliner Tageblatt" als Reichstagskandidat abgelehnt, weil er Mitglied des Bundes der Landwirte ist, sich im vorigen Jahre gegen die Erbschaftssteuer erklärt und seine politischen Anschauungen inzwischen nicht verändert hat, und der Mannheimer „General-Anzeiger", der schon im vorigen Jahre sein möglichstes getan hat, um die Sozialdemokratie sich in Neustadt zu sichern, druckts beifällig nach. Und die Wormser Nationalliberalen, an ihrer Spitze Herr Hehl, beschimpft er wegen ihrer bekannten, alt und gut nationalliberalen Haltung als nur bedingungsweise nationalliberale Gruppe und die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz" aus gleichem Grunde, gleich zweimal als nur angeblich nationalliberales Organ — dem braven Freisinn zu lieb, dem gegenüber sie das „unerhört frivole" Verlangen einer schärferen Grenzscheide stellte. Das könnte der Bruder ja beinahe als Mißtrauen auffassen und übelnehmen. Wie eingangs gesagt: Diese Nationalliberalen wissen sich in solchen Fällen auf eine verblüffend einfache Weise zu helfen: Nationalliberale, die sich das Recht der freien Meinung nicht nehmen lassen, haben von demselben Augenblick an, wo solches bekannt wird, ipso jure aufgehört, „nationalliberal" zu sein. Nach diesem Modus gibt es freilich nur Nationalliberale Bassermannscher Observanz: Die anderen sind eben überhaupt keine „Nationalliberale". Das Toleranz-Edikt von Kassel hat da, wie man sieht, noch nicht gewirkt. Es bedarf weiterer guter Lehren, und es wird an ihnen nicht fehlen. Ihrer vier liegen ja schon wieder vor, die kürzlich besprochenen nat.-lib. Reichstagskandidaten in Hessen: in Darmstadt, Worms, Gießen, Alsfeld. Lauter „nur bedingungsweise", nur „angeblich" nationalliberale Kandidaturen. Difficile est."

Sozialdemokratische Redner im Reichstage. In der sozialdemokratischen Fraktionssitzung vom 23. November wurden als Hauptredner zum Etat die Abg. Scheidemann und David bestimmt, zu der Interpellation der Freisinnigen, die Beamtenversicherung betreffend, soll Robert Schmidt reden; zu dem Antrag Kanitz, Niedergang des Handwerks behandelnd, Abg. Brühne. In die Kommission, betr. das Gesetz zur Beseitigung von Tierkadavern, werden die Abg. Broy und Leber delegiert. Zur Zentrumsinterpellation über die Rebschädlinge wird Huber als Redner bestimmt, während zum Kurpfuschergesetz Zietsch als Redner vorgesehen ist.

⊡ **Die Militärvorlage** hat im Bundesrate nach dem Vorschlage Preußens einstimmige Annahme gefunden. Im ersten Jahr sind 8 Millionen Mark mehr erforderlich, im Höhepunkt 25 Mill. Mk.

℘ **Von der Sammlungspolitik.** Dem Regierungspräsidenten von Meister ging die Anfrage zu, ob er bereit sei, im 2. nassauischen Wahlkreise Wiesbaden-Rheingau die Kandidatur für den Reichstag anzunehmen. Er erklärte, daß er dazu bereit sei, wenn er von den Konservativen, dem Zentrum, dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen unterstützt werde und wenn ihm freigestellt sei, sich den Freikonservativen anzuschließen.

✕ **Denkmalsausschuß.** Am Dienstag fand im Reichstage eine Sitzung des Ausschusses für Errichtung eines Denkmales für die gefallenen Südwestafrikaner. Das Reich hat bisher 60 000 Mk. hierfür genehmigt. Es fragt sich nun, ob weitere Reichsgelder zur Verfügung zu stellen sind oder ob man private Zeichnungen zulassen will. Gegen den letzteren Modus erheben sich recht zahlreiche Bedenken. Die Angelegenheit ist noch nicht definitiv entschieden.

○ **Die württembergischen Nationalliberalen** trafen ein Abkommen für die Reichstagswahlen mit den Fortschrittlichen. Die konservative „Deutsche Reichspost" schreibt dazu: „Verraten und verkauft ist die nationalliberale Partei Württembergs durch das Wahlabkommen, das sie mit der demokratischen Partei eingegangen ist. Das Abkommen ist das Eingeständnis des vollkommenen Bankerotts für die einst so angesehene Partei." Das Blatt schließt dann aus den Zahlenergebnissen der letzten Reichstagswahlen, daß in den den Nationalliberalen überlassenen sieben Wahlkreisen jede Möglichkeit eines Sieges total ausgeschlossen sei, die Volkspartei treibe einfach Schindluder mit den Nationalliberalen, die nationalliberale Partei sei bloß noch ein Anhängsel der Volkspartei, nichts weiter. Daß es so habe kommen müssen, sei ja auch ganz klar, nachdem ein Mann wie Herr Hieber sich aus der Partei flüchtete, um fern von Madrid in der aufregungsfreien Behaglichkeit eines höheren Beamtenpostens ferner frei zu leben. Mit der Flucht Hiebers sei das nationalliberale Parteischiff Geistern zweiter Ordnung überlassen gewesen; solche aber strebten immer nach links. Dann meint das konservative Blatt an einer anderen Stelle:

„Seit 1½ Jahren bestreitet der „Schwäb. Merkur" die Linksentwickelung der nationalliberalen Partei, obwohl doch in Baden die Parteigenossen den unerhörten politischen Skandal eines Wahlbündnisses mit den Sozialdemokraten aufführten. Jetzt hat diese Linksentwickelung durch den Abschluß des Wahlbündnisses der Nationalliberalen mit den Demokraten auch die äußerlich erkennbare Beglaubigung erhalten. Der „überlegene Taktiker" Keil (Soz.) hat schon vor vielen Wochen die Formen angedeutet, unter denen die Sozialdemokratie mit dem „National"-Liberalismus zusammengehen kann. Nun ist die Sache perfekt geworden. Die Großblock ist fertig. Daran ändern auch nichts eventuelle heuchlerische Redensarten, mit der die liberale Presse diesen Großblock bestreiten wird."

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

⊡ **Die Fleischteuerung.** Bei den Verhandlungen über den Bericht des Teuerungsausschusses besprach im österreichischen Abgeordnetenhaus der Handelsminister Weißkirchner eingehend die Frage der Fleischteuerung. Die Regierung habe sich entschlossen, ein bestimtes Kontingent argentinischen Fleisches zuzulassen. Sie vertrete den Standpunkt, daß zur Behebung der Fleischteuerung eine Hebung der inländischen Fleischproduktion unbedingt durchgeführt werden müsse. Der Import argentinischen Fleisches sei nur eine Notstandsmaßnahme. Im übrigen sei es bei den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen notwendig, nicht nur eine Frage herauszugreifen, sondern es müsse eine Politik getrieben werden, daß die Ursachen der Not behoben würden, vor allem durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

Rußland.

℘ **Aus der Reichsduma.** Die Kadettenpartei brachte in der Reichsduma eine Gesetzesvorlage ein betr. den Ankauf des Gutes Jasnaja Poljana mit dem Grabhügel Tolstois, sowie des Sterbehauses in Astapowo durch den Staat und Eröffnung einer Nationalsammlung für ein in Moskau zu errichtendes Tolstoidenkmal, wozu der Staat einen Zuschuß von 100 000 Rubel leisten soll. Die Arbeiterpartei beantragt gleichfalls eine Ehrung Tolstois, die u. a. in dem Ankauf seiner Werke durch den Staat und in der Gründung einer Volksuniversität bestehen soll. — In der Reichsduma wurde heute ein Antrag der Sozialdemokraten und der Kadettenpartei, die Gesetzesvorlage betreffend die Abschaffung der Todesstrafe auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, nach stürmischer Debatte mit 161 Stimmen des Zentrums und der Rechten gegen 131 Stimmen der Opposition abgelehnt.

England.

□ **Zur irischen Frage.** In der irischen Provinz Ulster haben die Unionisten ein Manifest erlassen, in welchem sie erklären, wenn das irische Parlament zustande kommen werde, so würden sie es nicht anerkennen, seine Beschlüsse nicht befolgen und die von ihm ausgeschriebenen Steuern nicht bezahlen.

Asien.

✧ **Reformen in China.** Gestern ist im Reichsausschuß ein Edikt erlassen worden, in dem die Vorschläge des Reichsausschusses in Betreff der Salzfrage und der Unterrichtsfrage gebilligt worden. Infolge dessen wurde der Vorschlag zurückgezogen, einen Protest gegen den Staatsrat wegen seines Verhaltens in Verbindung mit dieser Frage zu erheben. Es wurde darauf ein neues Komitee ernannt, um eine Denkschrift zur Einreichung an den Thron zu entwerfen. In dieser Denkschrift soll gesagt werden, die Befugnisse des Staatsrates, der bereits unter dem Kaiser Khion-Lung errichtet worden sei, seien jetzt undefinierbar. Dem Staatsrat könne jedoch gestattet werden, seine Funktionen weiter zu versehen, wenn er dem Volk verantwortlich gemacht werde, andernfalls sei die Bildung eines verantwortlichen Kabinettes notwendig. — Der Reichsausschuß nahm sodann einstimmig eine Resolution an, in der die sofortige Anwendung durchgreifender Maßnahmen gegen den Opiumgenuß dringend gefordert und die Erneuerung des Abkommens mit Großbritannien über den Opiumhandel gemißbilligt wird.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 26. November 1910.

Großh. Hoftheater. In Verdis „Traviata sang gestern abend Herr Otto Wolf vom Münchner Hoftheater, unser geschätzter Gast, hier zum erstenmale den „Alfred Germont". Leider war dieser so ausgezeichnete Sänger indisponiert und mußte um Nachsicht bitten lassen. Trotzdem hob sein warm pulsierendes Spiel, seine Wiedergabe der Partie lebhaften Beifall aus. Frau Kallensee war als „Violetta" gut bei Stimme und gab sie auch mit dramatischer Gestaltungskraft. Unser bel-canto-Sänger par excellence, Herr v. Gorkom, sang den „Germont senior" ausgezeichnet. Die übrige Besetzung ist bekannt und gibt keinen Anlaß zur besonderen Nennung. v. Stecken.

Kirchliche Nachrichten.

+ **Moosbronn,** 25. Nov. Herr Pfarrverweser Josef Spies in Dallau, Kapitel Mosbach, hat von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog die Präsentation auf die hiesige Pfarrei erhalten und wird am 1. Dezember aufziehen.

= **Herbolzheim,** 23. Nov. Ein würdiger Abschluß des Kirchenjahres bildete der Gottesdienst in der hiesigen katholischen Stadtkirche am verflossenen Sonntag. Hatten wir doch die noch nie dagewesene Gelegenheit, zu Beginn und am Schlusse des Gottesdienstes das Vor- und Nachspiel (Prä- und Postludium) durch die Geigenkünstlerin, Fräulein Anna Hegner, die ihre Kunst auch in den Dienst der Kirche stellte, zu hören. Es war für jeden Musikkenner herrlich anzuhören, wie Fräulein Hegner das schwere Bachsche Präludium, das ein tiefes Verständnis und eine außerordentliche Fertigkeit erfordert, zum Vortrag brachte. Einzig schön und für jedermann verständlich war das „Postludium für Violine und Orgel" von Tartini, begleitet vom Organisten der Stadtpfarrkirche, Herrn Hauptlehrer Theodor Mayer. Stellenweise glaubte man, namentlich am Schlusse, „Orchester-Musik" zu hören, eine solch innige Verbindung der beiden edlen Instrumente konnte erzielt werden durch reiche, geschmackvolle Registrierung, sicher ein Beweis für die Güte der von Orgelbaumeister Schwarz u. Sohn in Ueberlingen erstellten Orgel.

Baden.

Karlsruhe, 26. November 1910.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kammerherrn und Legationsrat im Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn Heinrich von Reck die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Königlich Preußischen Kronen-Ordens 2. Klasse und dem Kaiserlichen Konsul in Zanzibar Haug die gleiche Erlaubnis für das ihm verliehene Ehrenkreuz 3. Klasse des Schaumburg-Lippischen Hausordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Notar Alexander Beck in Karlsruhe das Ritterkreuz 1. Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen, den Notar Alexander Beck in Karlsruhe auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste auf 31. Dezember d. J. in den Ruhestand zu versetzen, sowie den Notar Wilhelm Simon in Pforzheim in den Ruhe-

gerichtsbezirk Karlsruhe zu versetzen. Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat mit Wirkung vom 1. Januar 1911 an demselben den Notariatsdistrikt Karlsruhe V und dem Notar Emil Leichtlen in Karlsruhe den Notariatsdistrikt Karlsruhe II zugewiesen.

B. N. K.

So findet man hie und da Artikel der nationalliberalen Presse bezeichnet, die sich gewöhnlich durch besonders nette journalistische Künste auszeichnen. Sie entstammen der „Badischen Nationalliberalen Korrespondenz". Wir haben schon öfters einzelne Leistungen dieser Korrespondenz aufgreifen müssen, weil sie mit der Wahrheit in unlösbarem Widerspruch standen. Nun lesen wir auch in der „Deutschen Reichspost" und in der „Badischen Warte" folgende Charakteristik:

„Es wird zu empfehlen sein, alle von der „Bad. Natlib. Korresp." in die Welt gesetzten Artikel sorgsam auf ihre Richtigkeit zu prüfen und event. Falschmeldungen und tendenziöse Verschiebungen der Sachlage der Oeffentlichkeit gegenüber schonungslos als solche zu bezeichnen! Denn schließlich kann eine Zeitungs-Korrespondenz, der man, weil nicht unter dem Preßgesetz stehend, mit den §§ 11 und 19 des Preßgesetzes nicht beikommen kann, zu einer wahren Landplage werden!"

Wir haben das, was hier empfohlen wird, eine Zeitlang regelmäßig getan. Aber wir steckten es wieder auf — wir kamen nämlich nicht mehr nach wegen der großen Zahl der besonders netten Künste der B. N. K.

„Bürgerliches Sammelsurium."

In Sachen der Reichstagswahl in Karlsruhe druckt der „Bad. Landesbote" folgendes aus dem „Volksfreund" ab:

„Es zirkuliert in politischen Kreisen das Gerücht, daß man dem sozialdemokratischen Kandidaten, dem bisherigen Abg. Ad. Geck, nur einen bürgerlichen Kandidaten gegenüberstellt. Eine sogen. neutrale Kandidatur soll es sein, auf welche sich alle bürgerlichen Parteien vereinigen wollen."

Das demokratische Blatt bemerkt dazu:

„So lesen wir in der heutigen Mittagsausgabe des „Volksfreund". Er knüpft daran längere Bemerkungen, die wir für absolut überflüssig halten, da doch auch die Sozialdemokratie, ganz genau weiß, daß es mit dem bürgerlichen Sammelsurium wie in ganz Baden, so auch in Karlsruhe nichts ist."

Das „bürgerliche Sammelsurium"!

Das Organ der Demokratie hätte wahrlich vielen Grund, solch provozierenden Spott zu unterlassen. Wenn diese wegwerfende Sprechweise am Platze wäre, dann dürfte man sie auch auf den liberalen Block anwenden und sagen:

Der ganze Mandatsbesitz des Liberalismus hat ein Sammelsurium zur Unterlage.

Oder will das Blatt da mit nur dokumentieren, daß zwischen Demokratie und Sozialdemokratie kaum noch ein Unterschied ist?

Vom Hansabund.

In Immenstaad a. B. sprach am Dienstag im Gasthaus zum „Seehof" Herr Dr. Hüttemann aus Berlin, ein Vertreter des Hansabundes, über Zweck und Ziele des Hansabundes. „Seinen durchaus objektiven zündenden Ausführungen lauschte eine Versammlung von über 40 Männern, hiesige Geschäftsleute und Gewerbetreibende, was für den hiesigen Ort und die politischen Verhältnisse viel bedeutet. Der Erfolg war, daß eine stattliche Zahl dem Hansabund beitrat, was nur zu begrüßen ist."

So meldet die „N. Bad. Landesztg.". Der Hansabund geht also bereits aufs Land, um dort seine Kunst zu versuchen. Man wird gut tun, diesem norddeutschen Gewächs, das sich unter einem harmlosen Mäntelchen bei uns einschleichen will, einige Aufmerksamkeit zu schenken, sonst fallen harmlose Leute auf die beredten Ausführungen seiner Agenten herein. In München-Gladbach, der Zentralstelle, ist eine Broschüre zur Aufklärung über den Hansabund erschienen, die gute Dienste leistet.

Ist es denn gewissen Kreisen der Nationalliberalen nicht möglich, der Wahrheit die Ehre zu geben?

Von Freiburg datiert wird dem „Schwäb. Merk." geschrieben:

„Das Zentrum hat am letzten Sonntag eine Heerschau hier gehalten; die Beteiligung an der in die Festhalle einberufenen Versammlung war sehr groß, auch aus der Umgebung. Es sprachen die Reichstagsabgeordneten Hauser und Fehrenbach und der Parteichef Geistl. Rat Wacker. Die Lage hat sich für das Zentrum gegenüber der letzten Reichstagswahl insofern gründlich geändert, als es in einen schroffen Gegensatz zur Sozialdemokratie geraten ist. Ob bei einer etwaigen Stichwahl diesmal die Sozialdemokraten wieder, wie 1907, auf Weisung ihrer Zentralleitung für den Zentrumskandidaten stimmen werden, erscheint sehr zweifelhaft."

Was hier von der Haltung der Sozialdemokratie im Jahre 1907 behauptet wird ist ganz und gar unwahr.

Und die völlige Unwahrheit ist mit nichts zu entschuldigen.

Bei einer Gesamt-Beteiligung von 89,2 Proz. wurden die 20 299 giltig abgegebenen Stimmen folgendermaßen verteilt:

Zentrum	13 495;
Nationalliberale	10 519;
Sozialdemokratie	6 282;
zersplittert	3.

Das Zentrum hatte sonach einen

Vorsprung von 2976 Stimmen

vor den Nationalliberalen.

Von den eingeschriebenen Wählern haben 3792 nicht oder nicht giltig abgestimmt. Die Beteiligung war nicht auf allen Gebieten des Wahlkreises gleich stark. Man muß annehmen, daß das Zentrum über zahlreichere Reserven verfügte als die Nationalliberalen.

Wie ist es nun in der Stichwahl gegangen? Die sozialdemokratische Parteileitung hat keineswegs „die Weisung" gegeben, für den Zentrumskandidaten zu stimmen.

Vielmehr hat die Parole ausdrücklich auf

Wahlenthaltung

gelautet.

Diese Parole haben auch über 2/5 der Sozialdemokratisch-Abstimmenden befolgt.

Die anderen fast 3/5 haben auch in der Stichwahl abgestimmt, aber keineswegs alle für das Zentrum. Vielmehr haben sie in ziemlich gleichen Teilen für den nationalliberalen Stichwahlkandidaten gestimmt und für den des Zentrums.

Das beweisen die Stimmenziffern. Beide Stichwahllager hatten noch Reserven: Das Zentrum sicher mehr als die Nationalliberalen. Es ist vorsichtig gerechnet und sicher nicht zu ungünstig für die Nationalliberalen, wenn man diesen einen Zuwachs von Stimmen aus dem eigenen Lager im Umfang von 200, dem Zentrum einen solchen im Umfang von 280 gutschreibt. Für die beiden Stichwahlkandidaten würden sich dann ergeben:

Hauser (vom Zentrum) (13 493 + 280 =) 13 775.
Obkircher (natlib.) (10 519 + 200 =) 10 719.

Der Vorsprung des Zentrums hätte sonach 3056 betragen, 86 mehr als in der Hauptwahl.

In Wirklichkeit fielen jedoch dem Zentrumskandidaten 15 592 Stimmen zu: 2097 mehr als in der Hauptwahl.

Der nationalliberale Kandidat erhielt 12 587 Stimmen: 2068 mehr als in der Hauptwahl.

Zieht man von diesem beiderseitigen Zuwachs den mutmaßlichen Zuwachs durch eigene Reserven ab, so ergibt sich für

das Zentrum (2097 —280 =) 1817
für die Nationalliberalen (2066 —200 =) 1868

als Stimmenzuwachs von solchen Wählern, welche im ersten Wahlgang für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hatten.

Von den 6282 Wählern, welche in der Hauptwahl sozialdemokratisch wählten, hatten darnach

gar nicht abgestimmt: 2597 = 41,34 Proz.;
für den nationallib. Kand.: 1868 = 29,73 „
für den Zentr.-Kandidaten: 1817 = 28,92 „

Ist der „Schwäb. Merk." und dessen Gewährsmann in der Lage, diese Zahlen anfechten und die Anfechtung als zutreffend nachweisen zu können?

Wirklich köstlich!

In der „Neuen Bad. Landeszeitung" (Nr. 549) ist zu lesen:

„Wackers neutrale Kandidaturen.

Der „Volksfreund" bringt die Mitteilung, in politischen Kreisen zirkuliere das Gerücht, daß man dem sozialdemokratischen Kandidaten im 10. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal, dem bisherigen Vertreter dieses Wahlkreises im Reichstag A. Geck, nur einen bürgerlichen Kandidaten gegenüberstellen werde. Es solle eine sogen. neutrale Kandidatur, auf welche sich alle bürgerlichen Parteien vereinigen würden, nominiert werden. Wer die politischen Verhältnisse im 10. badischen Reichstagswahlkreis genau kennt, weiß, daß es sich bei diesem Gerücht lediglich nur um ein leeres Gerede handeln kann. Man kann sich ungefähr denken, wo der Ursprung dieses Gerüchtes zu suchen ist, das nur die Absicht verfolgen kann, bei einem Teil der Wähler Verwirrung anzurichten. Es ist im übrigen bereits ein bürgerlicher Kandidat in Aussicht gestellt, der nach den Ausführungen des Zentrumsführers Wacker in der kürzlich hier abgehaltenen Versammlung ein konservativer Kandidat ist. Diesen Kandidaten will das Zentrum unterstützen. Davon, daß auch die übrigen bürgerlichen Parteien dem von Herrn Wacker genannten Kandidaten ihre Unterstützung leihen werden, war in der Zentrumsversammlung mit keinem Worte die Rede. Im übrigen besitzen die liberalen Parteien, die ja bekanntlich die vom Zentrum und den Konservativen gewünschte Sammlungspolitik ablehnen, im 10. Reichstagswahlkreis so viel Anhang, daß sie es wagen können, mit einer eigenen Kandidatur vorzugehen."

Warum sollten die „liberalen Parteien" die Aufstellung einer eigenen Kandidatur nicht „wagen können"? Fraglich wird nur sein, welchen Erfolg sie haben werden.

In der Karlsruher Versammlung vom 18. November hat niemand behauptet, daß ein gemeinsamer Kandidat aufgestellt werden wird und noch weniger, daß ein Konservativer dazu ausersehen sei.

Erklärung.

Die Geistlichen des Kapitels Meßkirch faßten anläßlich der Dekanswahl folgende Resolutionen:

1. Die zur Wahl eines Dekans versammelten Geistlichen erklären aus freien Stücken ihr Einverständnis mit der Resolution der Freiburger Konferenz in Sachen des „Landeszeitungs-Geistlichen".

2. Sie erheben einmütig Protest gegen die unerhörte Art und Weise, wie ein Mitglied des Großherzoglichen Oberschulrats, Herr Geh. Hofrat Rebmann, in politischen Reden über religiöse Fragen und insbesondere über die katholische Geistlichkeit sich aussprach. Ein derartiges Auftreten von seiten eines Mitgliedes des Oberschulrats muß den Verkehr mit der Behörde erschweren und das Vertrauen in dieselbe erschüttern. Die Unterzeichneten wissen sich in ihrer Stellungnahme Eins mit der erdrückenden Mehrheit ihrer Amtsbrüder in ganz Baden.

Meßkirch, den 24. November 1910.

Folgen die Unterschriften.

Lokales.

Karlsruhe, 26. Nov. 1910.

+ **Kath. Männerverein der Oststadt.** Der letzte Vereinsabend am Mittwoch, den 23. ds. Mts. stand seinen Vorgängern in keiner Beziehung nach. Der über alle Erwartungen starke Besuch hielt an: 245 Männer wurden gezählt. Der von Herrn Professor Dr. Bertsche aus Wiesloch gehaltene Vortrag über Abraham a Sancta Clara war eine ausgezeichnete Leistung. Aus dem Schatze eines umfassenden Wissens schöpfend, entwarf der Vortragende ein herrliches Bild über das Leben und die Bedeutung dieses eigenartigen Mannes. Viele Proben aus seinen Predigten und Dichtungen, die Herr Dr. Bertsche und darnach der II. Vorstand, Herr Rev. Köhler zum Besten gaben, gewährten einen herrlichen Einblick in die köstlichen Leistungen dieses wahren Volksmannes. Was Wunder, daß die Stimmung der Versammlung eine sehr gehobene war. — Am morgigen Sonntag, den 27. d. Mts, abends 8 Uhr beginnend, findet nunmehr der erste der für den Winter vorgesehenen Familienabende statt und zwar in den Sälen des „Grünen Bergs", Kaiserstr. 33. Dabei wird Herr Stadtpfarrer Stumpf einen Vortrag halten und zwar über „Die Bedeutung der Strafe in der Erziehung des Kindes". Im gemütlichen Teil werden der Karlsruher Mandolinenklub und die Gesangsabteilung des Vereins sich hören lassen. Einige genußreiche Stunden stehen daher gewiß wieder in Aussicht.

+ **Drei Vorträge Professor Dr. M. Wingenroth.** Die seit einer Reihe von Jahren sich großer Beliebtheit erfreuenden Vorträge des Herrn Prof. Dr. M. Wingenroth, Konservator der Städtischen Sammlungen in Freiburg i. B., üben auch bei ihrer demnächsten Veranstaltung die gewohnte Anziehungskraft aus. — Prof. Dr. M. Wingenroth wird in seinen 3 Vorträgen am 29. November, 2. und 6. Dezember (jeweils von 5 bis 6 Uhr nachmittags) die „Höhepunkte der Kunst im siebzehnten Jahrhundert" behandeln. In besondere Betrachtung wird die vlämische, holländische, spanische und der Anfang der französischen Kunst unter Ludwig XIII. gezogen, sowohl Dichtung als Malerei. Prof. Dr. Max Wingenroth wird seine Ausführungen durch „Lichtbilder" weiter erläutern. Der Besuch dieser aufs beste eingeführten Vorträge, die auch im Abonnement besucht werden können, ist sehr zu empfehlen. Der erste Vortrag findet kommenden Dienstag (29. November) statt. Lehrkräfte und Studierende haben Preisermäßigung. — Karten bei Fr. Doert, Hofmusikalienhandlung.

+ **Volks- und Wohnungszählung.** Die in der heutigen Nummer erschienene Bekanntmachung des Stadtrats, betreffend Volks- und Wohnungszählung, empfehlen wir der Beachtung. Wie aus der Bekanntmachung hervorgeht, wird die Austeilung der Zählpapiere in der Zeit vom 27. bis 29. November stattfinden. Zähltag ist der 1. Dezember. Von diesem Tage an werden die Zählpapiere wieder eingesammelt. Es ist also genügend Zeit vorhanden, sich mit den auf den Zählpapieren stehenden Anleitungen vertraut zu machen und dann die Papiere sachgemäß auszufüllen. Durch vollständige und rechtzeitige Beantwortung der Zählpapiere kann jeder Haushaltungsvorstand zur schnellen Abwickelung der Zählung beitragen. Das Zählgeschäft liegt in den Händen freiwilliger Zählerinnen und Zähler. Es ist zu hoffen, daß sie für ihre uneigennützige Tätigkeit durch freundliches Entgegenkommen seitens der Bevölkerung die gebührende Anerkennung finden. — Alles übrige ist aus der Bekanntmachung selbst ersichtlich.

○ **Der Bund badischer Vereine für Kanarienzucht und Vogelschutz,** welcher z. Zt. aus 19 Vereinen Badens besteht, veranstaltet unter Leitung des Ersten Karlsruher Vereins für Kanarienzucht mit Vogelschutz und Pflege in der Zeit vom 3. bis 5. Dezember d. Js. in den Räumen des Hotels Café Nowack hier eine große Ausstellung von Kanarien-, Zier- und sonstigen Zimmervögeln. Nach den bis jetzt eingelaufenen Anmeldungen gelangen über 500 Kanariensänger aus allen Teilen Deutschlands und der Schweiz und zwar das Beste und Gediegenste auf diesem Gebiete zur Schau und Prämiierung. Dabei wird noch eine größere Anzahl prima Kanariensänger in jeder Preislage zum Verkaufe stehen. Auch wird ein Glückshafen zur Aufstellung gelangen, in welchem Papageien, edle Kanarienhähne und zweckdienliche Käfige zur Verlosung kommen.

II **Festhalle-Konzert.** Morgen Sonntag, nachmittags von 4 Uhr ab, gibt die Kapelle des Feldartillerie-Regiments „Großherzog" ein Doppelkonzert in der Festhalle. Herrn Obermusikmeister Liese ist es gelungen, für dieses Konzert eine Tiroler Alpensänger-, Kunstjodler- und Tänzergesellschaft „Andreas Hofer" (6 Damen und 3 Herren) zu gewinnen. Die Leistungen dieser Gesellschaft bei ihren Konzerten u. a. in Frankfurt a. M. im Zoologischen Garten, in Mannheim im Rosengarten und Nibelungensaal, sowie in Bruchsal im Kaiserhof wurden in den Zeitungen rühmlichst hervorgehoben. Es sei nur die folgende Rezension erwähnt: Die Tiroler Alpensänger-, Kunstjodler- und Tänzergesellschaft mit ihren gesamten Darbietungen fanden herzlichen Beifall, selbst verwöhntere Ansprüche müssen volles Lob zollen: die frischen, gutgeschulten Stimmen der Gesellschaft klangen sowohl im harmonischen Chor wie als Soli so ansprechend, daß es eine Freude war, den Chorliedern, Jodlern, Duetts usw. zu lauschen. Prächtig war der Original- und Schuhplattlertanz in seinen Figuren. Dankbar erwies sich dann auch die Truppe durch eine Reihe flotter Zugaben. Die Streichmusik und die Leistungen der Kapelle des Artillerie-Regiments „Großherzog" Nr. 14 unter Leitung ihres Obermusikmeisters Herrn Liese sind rühmlichst bekannt und ist der Besuch dieses Konzertes sehr zu empfehlen.

= **Aus dem Polizeibericht.** Am 25. d. M., abends von 5 bis 11½ Uhr, wurde aus dem Schlafzimmer eines Wirts in der Bahnhofstraße mittels Nachschlüssel und Erbrechen eines Schrankes eine schwarzlackierte Kassette mit etwa 1000 Mark in Gold und Silber, darunter etwa 40 2-, 3-, 5- und 10-Markstücke, Jubiläums- und Krönungsmünzen verschiedener Bundesstaaten, 2 Jubiläumsmünzen der Universitäten Berlin und Leipzig; ferner eine goldene Anker-Rem.-Herrenuhr mit Schlagwerk, Kette und Anhängsel im Werte von 500 Mark von einem unbekannten Täter gestohlen.

Vermischte Nachrichten.

Kopenhagen, 25. Nov. In einem dänischen Regiment haben 38 Soldaten gemeutert, weil der diensttuende Leutnant den verlangten Nachturlaub ihnen verweigerte.

Kriegsgerichtlich erschossen.

Eydtkuhnen, 25. Nov. In Marhampol wurde der Offiziersbursche, der am 12. Oktober den Kommandeur des dortigen 3. Husarenregiments, Baron Krüdener, aus Rache durch Säbelhiebe getötet hatte, kriegsgerichtlich erschossen.

Typhusepidemie.

Koblenz, 26. Nov. Unter den Bahnarbeitern beim Bau der Ahrtalbahn, meist Ausländern, ist infolge des Genusses von ungekochtem Wasser aus der Ahr, eine Typhusepidemie ausgebrochen.

Ein Doppelraubmörder verhaftet.

Lübeck, 26. Nov. Der Doppelraubmörder Franz Teterow, der im September bei Pritzwalk den Landmann Klein und dessen Frau ermordete und beraubte, ist hier verhaftet worden.

Zyklon.

Buenos-Aires, 25. Nov. Ein heftiger Zyklon hat in Stadt und Provinz schweren Schaden angerichtet. Tausende von Bäumen wurden entwurzelt. Mehrere Personen sind ums Leben gekommen und viele andere verletzt worden.

*

Leipzig, 25. Nov. Das Schwurgericht verurteilte heute den 40jährigen Kaufmann Wilhelm Jeep, der am 1. April seiner Tante und deren Sohn mit einem Steinmetzhammer wuchtige Schläge auf den Kopf versetzte und die Frau des Sohnes zu Boden geschlagen und gewürgt hatte, zu vierzehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Zürich, 26. Nov. Zu der gestrigen Bestattung der Frau Julie Bebel hatten die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Parteiblätter in Deutschland und die schweizerischen Arbeiterorganisationen zahlreiche Kränze gesandt.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Darmstadt, 25. Nov. Der Großherzog hat anläßlich seines heutigen Geburtstages das Großkreuz des Ludwigsordens dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und das Großkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen dem preußischen Staatsminister Dr. Delbrück und dem Großh. hessischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Wirkl. Geheimen Rat v. Gagern verliehen. Das Komthurkreuz erster Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen erhielt der Präsident des Oberkonsistoriums Ludwig Nebel.

Berlin, 25. Nov. Entgegen der Nachricht einiger Zeitungen, daß der Abg. Schüler schwer erkrankt sei, können wir mitteilen, daß es sich nur um ein heftiges Nasenbluten handelte. Der Abgeordnete ist bereits heute wieder im Reichstag erschienen.

Berlin, 25. Nov. Die hiesige mexikanische Gesandtschaft teilt mit, daß an allen Orten, an welchen Unruhen herrschten, wieder Ruhe eingetreten ist.

Konstantinopel, 25. Nov. Die Regierung brachte in der Kammer eine Vorlage ein, durch die der Kriegsminister ermächtigt wird, die für irgend einen Teil des ganzen Etats bewilligten Kredite für andere Zwecke zu verwenden. Diese Maßregel wird mit der Neueinteilung des Armeekorps begründet.

Vom Bundesrat.

Berlin, 25. Nov. In der Sitzung des Bundesrates vom 24. November wurde dem Etat der Einnahmen von Zöllen, Steuern und Gebühren, dem Etat des Reichsschatzamts, dem Etat der Reichsschuld und dem Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1911 die Zustimmung erteilt. Ferner wurde über die Vorlagen betr. die Verlängerung der Befugnis der Württembergischen Notenbank in Stuttgart zur Ausgabe von Banknoten und zur Abänderung der Statuten dieser Bank und betr. die Verlängerung der Befugnis der Badischen Bank zu Mannheim zur Ausgabe von Banknoten und zur Abänderung der Statuten dieser Bank Beschluß gefaßt.

Das Befinden der Königin von Belgien.

Brüssel, 25. Nov. Nach dem um 6 Uhr ausgegebenen Krankheitsbericht hat die Königin den heutigen Tag gut verbracht. Die Krankheit nimmt ihren regelmäßigen Verlauf.

Zur Verfassungskrisis in England.

London, 25. Nov. Der Premierminister Asquith hielt heute in Hull eine Rede. In drei Tagen, führte er aus, werden wir uns mitten in einem der denkwürdigsten Kämpfe der britischen Geschichte befinden. Unsere Partei ist guten Mutes. Das Oberhaus ist, wie es jetzt ist, ein verwitterter und zerbröckelter Bau, der vom Fundament bis zum Dach neu aufgebaut werden muß. Nicht die Liberalen sind es, sondern Lord Rosebery und seine Verbündeten, die dem Oberhaus das Todesurteil gesprochen haben. Ich bin ein entschiedener Gegner der Idee eines Referendums. Der Plan der Liberalen läuft nicht auf eine Regierung durch eine einzige Kammer hinaus.

London, 25. Nov. Lord Rosebery erklärte in einer Rede in Glasgow, die Verantwortlichkeit für den Kampf treffe die Liberalen. Die Unionisten fürchten sich nicht, die Herausforderung anzunehmen. Die Parteien befinden sich in England im Gleichgewicht.

London, 25. Nov. Nachdem das Unterhaus seine Arbeiten beendet hat, hielt es heute eine formelle Sitzung ab und vertagte sich dann bis 28. November d. J., an welchem Tage der Abschluß der Sitzungsperiode erfolgt. Die Auflösung folgt bald darauf.

Rußland und die deutschen Interessen in Persien.

Petersburg, 25. Nov. Auf einer am 23. d. M. in Rostow abgehaltenen Konferenz von Großindustriellen des Moskauer Bezirks über die Frage der russischen Handelsinteressen in Persien wies ein Vertreter des Ministeriums des Aeußern darauf hin, Deutschland suche infolge seiner ungeheuren Produktivität selbstverständlich nach Absatzmärkten und nähere sich naturgemäß dem Osten. Andererseits habe der russisch-englische Vertrag von 1907 das Prinzip der offenen Tür gegenüber Persien klargestellt. Demzufolge sei die ausländische Konkurrenz unvermeidlich. — Die Konferenz sprach den Wunsch aus, daß im Falle des Abschlusses eines Abkommens mit Deutschland den Interessen des russischen Handels mit Persien die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Die Meuterer vor Rio de Janeiro.

Paris, 25. Nov. Nach einem dem hiesigen „Courrier du Brésil" zugegangenen Telegramm aus Rio de Janeiro erhielten alle Truppen von der Armee sowie die gesamte Polizeimannschaft Befehl, sich in den Kasernen marschbereit zu halten. Die Artillerie-Regimenter wurden beordert, auf das erste Signal die die Stadt umgebenden Höhen mit ihren Geschützen zu besetzen. Die Bevölkerung hat volles Vertrauen in das tatkräftige Vorgehen der Regierung. Matrosen des Panzerschiffes „Minas Geraes" haben die von zahlreichen Kugeln durchbohrte Leiche ihres Schiffskommandanten und dreier Offiziere an Land gebracht, ohne die Aufmerksamkeit der Wachtposten auf sich zu lenken, und konnten unbehelligt an Bord ihres Schiffes zurückkehren.

Rio de Janeiro, 25. Nov. In der Deputiertenkammer, die die Debatte seither immer noch nicht beendet hat, macht sich gegen den Amnestieentwurf eine starke Opposition geltend. — Gegen Abend schien sich das Geschwader von neuem in Bewegung setzen zu wollen. Um 7.39 Uhr beschoß der „Minas Geraes" ein Kanonenboot.

Rio de Janeiro, 25. Nov. Die Kammer hat die Amnestie der Meuterer beschlossen. Die Forderung, die körperliche Züchtigung abzuschaffen und den Mannschaftsstand der Schiffe zu erhöhen, wurde bewilligt. Die Meuterer haben sich unterworfen.

*

+ **Appenweier,** 26. Nov. Durch den gestern abend halb 10 Uhr einfahrenden Güterzug wurden infolge Abtrennung zweier mit schweren Eisenteilen beladener Wagen beide Geleise gesperrt, sodaß die nachfolgenden Züge mehrere Stunden Verspätung hatten.

Schneebericht

Feldberg (südl. Schwarzwald), 26. Nov. (Vorm. 8 Uhr) Barometer fällt; Thermom. in C 4; Windrichtung N.-W.; Witterung: Schneefall.

Heidelberg, 26. Nov. (Vorm. 8 Uhr.) Barom. —; Thermom. in C 4; Windrichtung still: Witterung: Schneefall. Rodelbahn.

Hundseck (nördl. Schwarzw.), 26. Nov. (Vorm. 8 Uhr). Barom. 675; Thermom. in C 2; Windrichtung —; Witterung: Schneefall. Skibahn gut.

Karlsruhe, 26. Nov. (Vorm. 8 Uhr). Barom. steigt; Therm. in C. —; Windrichtung: W.; Witterung: Schneefall;

Konstanz (Bodensee), 26. Nov. Barom. fällt; Therm. in C. 2; Windrichtung: S.W.; Witterung: Regen.

Triberg (mittl. Schwarzwald), 26. Nov. Barom. fällt, Therm. in C. 2; Windrichtung: —; Witterung: Tauwetter.

Scotts Emulsion ist ein langbewährtes

„Kräftigungsmittel,"

das in keiner Kinderstube fehlen sollte. Gewiß ist es für jede Mutter eine Beruhigung, allezeit ein Stärkungsmittel bei der Hand zu haben, auf dessen tadellose Zusammensetzung aus den allerbesten Rohstoffen man sich unbedingt verlassen kann. Ein solches Mittel ist

Scotts Emulsion,

das den Kindern Appetit macht und von ihnen des Wohlgeschmackes wegen gern genommen wird

Verlangen Sie ausdrücklich Scotts Emulsion.

Nur echt mit dieser Marke — dem Fischer — dem Kennzeichen des Scottschen Verfahrens.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Dorsch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinster Medizinal-Lebertran 150,0, prima Glyzerin 50,0, unterphosphorigsaurer Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natron 2,0, pulv. Tragant 1,0, feinster arab. Gummi pulv. 2,0, Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Zimt-, Mandel- und Gaultheriaöl je 2 Tropfen.

Zentralheizungen aller Systeme.

(Kirchenheizungen) : Dampfkoch : Wäscherei : Bade : Desinfektion

Trocken- und Entnebelungsanlagen.

Ingenieurbesuche und Prospektbearbeitung kostenlos.

Feinste erstklassige Referenzen.

Fernruf 122. Telegr.-Adr.: **Zepp, Offenburg.**

Zweigniederlassung mit Büro: Stuttgart, Schwarenbergstr. 14.

Fernruf 6950 Stuttgart. Telegr.-Adr.: **Zepp, Stuttgart, Schwarenbergstr. 14.**

Zentralheizungsfabrik Otto Zepp, Offenburg.

Hof-Juwelier

LUDWIG BERTSCH

:-: Kaiserstr. 165 KARLSRUHE Telephon 1478 :-:

ladet zur Besichtigung seines mit **allen Neuheiten** ausgestatteten reichhaltigen Lagers in

Juwelen, Gold- und Silberwaren

höflichst ein.

An den 4 Sonntagen vor Weihnachten ist das Geschäft bis 7 Uhr geöffnet.

Weihnachts-Ausstellung

— Reichhaltige Artikel-Auswahl — Saison-Neuheiten — Alle Preislagen —

— Fernsprecher Nr. 213 — **Karlsruhe** — Kaiserstrasse Nr. 104 —

Grossherzogl. Hoflieferant

FRIEDRICH BLOS

F. Wolff & Sohns Détail-Parfumerie.

Meine

Spielwaren-Ausstellung

ist eröffnet und finden Sie für **Knaben** und **Mädchen** die grösste Auswahl in

Dampfmaschinen, Soldaten, Pferde, Laterna-Magika, Eisenbahnen, Baukasten, mech. Figuren, Werkzeug- und Laubsägekasten, Puppenküchen

sowie sämtliche **Puppengeschirre** und vieles andere mehr.

Christbaumschmuck in grösster Auswahl.

Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

N. Hebeisen

Haus- und Küchengeräte : Herdlager

Werderplatz 36 Telefon 1685
Klauprechtstr. 2 Telefon 2749.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Karlsruhe — Museumssaal.

Sonntag, den 4. Dezember 1910, abends 8 Uhr,

Vortragsabend

Felix Krones.

Deutsche

Volkslieder zur Laute

Karten: Saal Mark 3.—, 2.50, 2.—, Galerie Mark 2.— und 1.— in der

Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz,

Kaiserstrasse 114, Telefon 1850, und **Abendkasse.**

Katholischer Männerverein der Südstadt.

Mittwoch, den 30. ds. Mts., 9 Uhr abends,

Vereinsversammlung mit Vortrag

im **Café Nowack**, 2. Stock (Gartenseite). Eingang: Nowackanlage.

Wir bitten um zahlreiche Beteiligung und um Einführung von Nichtmitgliedern.

Der Vorstand.

Gelegentlich eines Besuches im

Residenz-Theater

wird es angenehm empfunden, dass

unter

jeder Sesselreihe Heizkörper angebracht sind, wodurch man warme Füsse erhält.

Patent-Büros

Villingen i.B. Friedrichstr. 18, Tel. 159 — Pforzheim i.B. Kienlestr. 3, Telefon 1455

Strassburg i. Els., Pergamenterg. 4. Tel.

Festhalle.

Morgen Sonntag, 27. November, 4 Uhr nachmittags:

Doppel-Konzert

Ein Nachmittag in Tyrol

veranstaltet von der Kapelle des

Feld-Artillerie-Regiments „Großherzog“ (1. Badisches) Nr. 14

unter Leitung des Herrn Königl. Obermusikmeisters **H. Liese**

und der **Tyroler Alpensänger-, Kunstjodler- und Tänzer-Gesellschaft „Andreas Hofer“**, Direktion: **Benedikt Wilhelm.**

(6 Damen und 3 Herren.)

Eintritt: Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften . . 30 Pfg.
Sonstige Personen . . . 70 Pfg.

Soldaten und Kinder je die Hälfte.
Musikprogramm 10 Pfg.
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Galerie ist geöffnet.

Das Programm enthält 18 Vortragsstücke heiteren Inhalts, sowie einen Schuhplattler- und Figuren-Tanz.

Karlsruher Fußball-Verein (e. V.)

Unter dem Protektorate S. G. H. des Prinzen Maximilian v. Baden.

Sportplatz u. Klubhaus verlängerte Moltkestraße, Straßenbahnlinie: Grenadierkaserne. Telephon 2315.

Sonntag, den 27. November 1910:

1. Mannschaft in Bern.

Abends 9 Uhr: Zusammenkunft im Klubhaus.

Neue Obstkonserven, Neue Gemüsekonserven

empfiehlt

Bernh. Oser,

Waldstraße 5.

Schaukelpferde

in natürlichem Fell empfiehlt als **Weihnachtsgeschenke billigst**

B. Klotter,

Sattlerei, Kronenstraße 25.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Vergebung von Unterhaltungsarbeiten und Lieferungen.

Die beim städtischen Tiefbauamt im Jahre 1911 erforderlich werdenden Unterhaltungsarbeiten und Lieferungen als:

1. Schmied- und Wagnerarbeiten,
2. Zimmerarbeiten,
3. Pflästererarbeiten,
4. Lieferung von Eisenwaren,
5. „ „ Sand,
6. „ „ Rhein- u. Grubenkies,
7. „ „ Zement,
8. „ „ Oelen, Fett 2c.,
9. „ „ Piassavabesen und Kehrmaschinenwalzen

sollen vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis

Samstag, den 3. Dezember 1910, vormittags 10 Uhr,

beim Tiefbauamt einzureichen, woselbst die Bedingungen zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare abgegeben werden.

Karlsruhe, den 25. November 1910.

Städt. Tiefbauamt.

Wo ist das Glück?

Aphorismen. Von Arthur M. Baron Lüttwitz.

:: Geb. in Leinw. M 3.20 ::

Soeben erschienen.

Dieses neue „Glücksbuch“ enthält eine aussergewöhnliche Fülle prächtiger Gedanken; dabei ist es leicht verständlich, frisch, anregend, oft fesselnd geschrieben. Es weht ein eigener, trostvoller Hauch aus diesen Blättern.

Verlag von Herder zu Freiburg i. Br.

Zu beziehen durch:

Literarische Anstalt,

Freiburg im Breisgau,
Herdersche Buchhandlung,
Karlsruhe, Herrenstraße 34,
J. X. Bottsche Buchhandlung
Tauberbischofsheim.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum **Neubau eines Lehrerseminars in Lahr** sollen gemäß Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 nachstehende Bauarbeiten in öffentlicher Submission vergeben werden:

1. **Erd- und Grabarbeiten,**
2. **Maurerarbeiten,**
3. **Beton- bezw. Eisenbetonarbeiten,**
4. **Steinhauerarbeiten:** a) Granit, b) Sandstein,
5. **Schmiedearbeiten,**
6. **Eisenlieferung.**

Die Zeichnungen und Bedingungen liegen bis zum 12 Dezember d. Js., **in unserem Geschäftszimmer, Stefanienstraße 57,** täglich von 8—12 Uhr, zur Einsicht auf.

Die Angebotsformulare, welche kostenfrei erhältlich sind, müssen ausgefüllt, ausgerechnet, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen **bis längstens Donnerstag, den 15. Dezember d. Js., vormittags 9 Uhr,** porto- und bestellgeldfrei bei der **„Bauleitung für den Neubau eines Lehrerseminars in Lahr“** eingereicht werden. Zu diesem Zeitpunkte erfolgt auch die Eröffnung der Angebote im Beisein etwa erschienener Bewerber.

Die Abgabe von Zeichnungen für die Eisenbetonarbeiten geschieht nur gegen Erstattung der Selbstkosten.

Zuschlagfrist 4 Wochen.

Lahr, den 18. November 1910.

Die Bauleitung.

Maschinenschriftliche Vervielfältigungen aller Art.

Hans Dinger

Karlsruhe i. B. Wielandtstr. 16.

Uebernahme aller sonst vorkommenden maschinenschriftl. Arbeiten. — Lieferung nach auswärts. — Muster und Preisangebote zu Diensten. Verschwiegenheit sicher. Die Preise sind billigst. Anfertigung schnellstens. Ausführung peinlich gewissenhaft und sauber.

Stadtbekannt!

ist mein selbstgebrannter

Kaffee

von **Mk. 1.10** bis **Mk. 2.—** per Pfd.

Besonders empfehlenswerte Sorten sind die Preislagen **Mk. 1.30, 1.50, 1.70** per Pfd.

Drogerie Julius Dehn Nachf.

Zähringerstrasse 55. Rabattmarken. Telephon 1909.

NB. Jeden **Donnerstag** und **Freitag frische Röstung.**

Karlsruhe — Museumssaal.

Montag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr,

Konzert

zugunsten des Fürsorge-Verbandes hier,

veranstaltet von

Sigfrid Karg-Elert

aus **Leipzig** (Harmonium)

im Verein mit Herrn Hofkonzertmeister

Rudolf Deman

(Violine).

Kunstharmonium „Imperial“ von **O. Lindholm** a. d. Pianolager **J. Kunz** hier.

Eintrittskarten: 1.—, 1.50, 2.— und 3.— Mark in der

Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz,

Kaiserstrasse 114. Telefon 1850 und **Abendkasse.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg